



SPD Baden-Württemberg • Postfach 10 42 63 • 70037 Stuttgart

Herrn
Winfried Kretschmann, MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**
Landesverband Baden-Württemberg

UTE VOGT
Landesvorsitzende

BÜRO STUTT GART
Telefon (0711) 61936-84 oder -45
Telefax (0711) 61936-20

Datum: 10. März 2006/bm

Abschaltung anstehender Atomkraftwerke – Ihr Schreiben vom 8. März 2006

Sehr geehrter Herr Kretschmann,

vielen Dank, dass Sie sich direkt an mich wenden.

Tatsache ist, dass die SPD in Bund und Land zum vereinbarten Atomausstieg steht. Auf Bundesebene hat unser Parteivorsitzende Matthias Platzeck ganz unmissverständlich deutlich gemacht, dass es mit der SPD beim vereinbarten Atomausstieg bleibt. Auf Landesebene sind der Träger des Alternativen Nobelpreises Hermann Scheer als Mitglied meines Kompetenzteams sowie ich persönlich in meiner Funktion als SPD-Landesvorsitzende die Garanten dafür, dass die SPD den Atomausstieg weiter vorantreibt.

Auch Bundesminister Sigmar Gabriel steht zum vereinbarten Atomausstieg und hat keinerlei Nebenabsprachen über Nachverhandlungen zu den Koalitionsverhandlungen getroffen.

Anlass für derartige, in der Presse kursierende Gerüchte ist ein unrichtiger Protokollvermerk des Verbandes der Verbundunternehmen und Regionalen Energieversorger in Deutschland e.V. (VRE) über ein Gespräch zwischen Bundesminister Michael Glos und dem Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall, Dr. Klaus Rauscher vom 21.12.2005 über energiepolitische Fragen.

Minister Sigmar Gabriel stellte bereits am 9. Januar 2006 in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Glos richtig, dass solche Äußerungen über die Übertragung von Reststrommengen gar nicht gemacht worden sein können, weil er zu keinem Zeitpunkt an Nachkoalitionsverhandlungen beteiligt gewesen ist und auch keine Zusagen beim Thema Übertragung von Reststrommengen gemacht hat. Das gilt



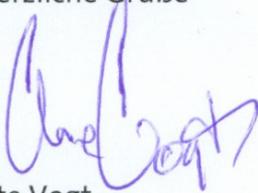
für die gesamte Verhandlungsdelegation der SPD bei den Koalitionsgesprächen.

Am 17. Januar hat Bundeswirtschaftsminister Michael Glos auf die Bitte von Minister Sigmar Gabriel in einem Brief an den VRE schriftlich richtig gestellt, dass es keine Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag gibt und dass die nicht abgestimmte Protokollierung seitens des VRE falsch ist.

Leider ist ein einmal in die Welt gesetztes Gerücht nur schwer wieder einzuholen. Das ist ähnlich wie bei der Aussaat genmanipulierter Pflanzen. Letztere hoffe ich in Baden-Württemberg verhindern zu können, mit Gerüchten werden wir weiter leben müssen.

Die SPD sagt Nein zu Oettingers Verlängerungsplänen! Und dabei bleibt´s.

Herzliche Grüße



Ute Vogt

Baden-
Württemberg

SPD

Mehr Gerechtigkeit.